

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/77

18. April 1973

Ein Prozeß ständiger Gesellschaftsreformen

Der Mensch im Mittelpunkt des demokratischen Sozialismus

Von Albert Osswald MdL
Mitglied des SPD-Bundesvorstandes und Ministerpräsident von Hessen

Seite 1 / 32 Zeilen

Vermögensumverteilung ohne die CDU/CSU

Harte SPD-Fakten gegen die Unions-Agitation

Von Dr. Wilhelm Nölling MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 bis 4 / 143 Zeilen

Der Schritt über die Grenze

Wir alle müssen den Charenten-Terror abstoppen

Seite 5 / 30 Zeilen

UNO braucht Hochkommissar für Menschenrechte

Erinnerung an eine Aussage des Bundespräsidenten

Seite 6 / 28 Zeilen

Bonn schickte "Eisbrecher" nach Island

Chancen für eine Beilegung im Fischereistreit

Von Hans Koschnick
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Seite 7 / 42 Zeilen

Ein Prozeß ständiger Gesellschaftsreformen

Der Mensch im Mittelpunkt des demokratischen Sozialismus

Von Albert Osswald MdL

Mitglied des SPD-Bundesvorstandes
und Ministerpräsident von Hessen.

Es hat sich in Hannover gezeigt, daß demokratischer Sozialismus von allen Delegierten des SPD-Parteitagés als ein Prozeß ständiger Reformen in der Gesellschaft zur Verbesserung der Lebensbedingungen verstanden wird. Alle Interpretationen, die Sozialismus mit Umsturz und Revolution gleichstellen, sind nunmehr als böswillige Unterstellung entlarvt. Im Mittelpunkt der von der SPD angestrebten Verbesserung der Lebensqualität steht die Freiheit des einzelnen Bürgers als unveräußerliches Gut sozialdemokratischer Politik.

Die Delegierten von Hannover haben auch eine Übereinstimmung über die Grundsätze des sog. Langzeitprogramms erzielt. Dieser "Orientierungsrahmen 85" wird die Grundwerte regeln, die den heutigen Notwendigkeiten des Überlebens der Gemeinschaft entsprechen und die dazu erforderlichen ökonomischen Theorien darstellen, die eine Verbindung zwischen Wirtschaftsfreiheit und Wirtschaftslenkung ermöglichen. Innerhalb der festgelegten Rahmendaten ist der wirtschaftliche Wettbewerb unumstritten. Neben diesen für den zukünftigen Weg wesentlichen Grundentscheidungen haben die Sozialdemokraten als erste Partei in der Bundesrepublik ein umfassendes Programm zur Bodenordnung beschlossen, ein Modell zur Vermögensbildung angeboten und mit der ersten Lesung des Langzeitprogramms deutlich gemacht, daß sich die SPD in den kommenden Jahren bemühen wird, auf die Probleme der Gegenwart Antworten zu finden. Ziel wird es sein, die Sozialstaatlichkeit Schritt für Schritt durch Reformen im Rahmen des Grundgesetzes durchzusetzen.

Die hessischen Sozialdemokraten sind, entsprechend ihrer Bedeutung für die Gesamtpartei, durch sechs Mitglieder im neuen Parteivorstand vertreten. Dies ist nicht zuletzt auf die konsequente und kontinuierliche Arbeit in den beiden hessischen Parteibezirken zurückzuführen. Hessen hat sich einmal mehr als progressive Kraft in der Sozialdemokratie erwiesen.

(-/18.4.1973/bgy/dx)

Vermögensumverteilung ohne die CDU/CSU

Harte SPD-Fakten gegen die Unions-Agitation

Von Dr. Wilhelm Nölling MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit
und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

An den "Leitsätzen der SPD zur Beteiligung der Arbeitnehmer am wachsenden Produktivvermögen" wird sich die Opposition noch lange wunden. Den Anfang haben die CDU/CSU-Fraktionsexperten Pieroth und Vogt gemacht. Dazu ist festzustellen:

1/ Ob es den beiden Vermögenspolitikern paßt oder nicht: Der Parteitag der SPD hat nach einer auf hohem Niveau geführten Sachdebatte mit überwältigender Mehrheit beschlossen: "den im Godesberger Programm gesetzten Ziel einer fortschreitenden Beteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs der Volkswirtschaft und einer gerechteren Verteilung des Produktivvermögens näher zu kommen". Wenn ein Teil der SPD "gegen die breite Streuung persönlichen Eigentums ist" (so Pieroth und Vogt), so muß der andere Teil, d.h. die oben erwähnte Mehrheit, doch wohl dafür sein. Diese Schlußfolgerung ist zwingend, paßt den CDU-Leuten aber nicht. Deshalb erfinden sie eine Reihe von Argumenten, um das Konzept der SPD zu diskreditieren. Dabei scheinen sie einerseits nicht zu merken (oder merken zu wollen), wie sehr sie sich in Widersprüche verwickeln. Andererseits ist ihre Kritik an den Zentralpunkten so unfundiert, daß die geistige Auseinandersetzung mit ihnen viel weniger Spaß bereitet, als dies mit den innerparteilichen Kritikern auf dem Parteitag der SPD der Fall gewesen war.

2/ Die beiden CDU-Politiker behaupten einmal, der SPD-Plan habe "in Wirklichkeit (!) nichts mit Vermögensbildung zu tun". Zum anderen müssen sie einräumen, daß er mindestens "bestenfalls" Vermögen dritter Klasse in Arbeitnehmerhand bilden würde. Um den Beweis für eine "individualistische" aber "drittklassige" Lösung zu führen, verfallen sie auf den Vorwurf, die Arbeitnehmer erhielten "nur Zertifikate eines anonymen Fonds". Ganz davon abgesehen, daß damit jeder Inhaber eines Anteils an einem Investmentfonds zu einem "nicht persönlich am Produktivkapital" beteiligten, drittklassigen Produktivkapitals-Besitzer gestempelt würde, träfe dieser Vorwurf natürlich auch die Pläne der CDU/CSU ins Herz, denn im Beteiligungslohngesetz (Bundestagsdrucksache VI/616, Burgbacher-Plan) ist im Anlagekatalog unter § 3 c ausdrücklich von "Anteils-scheinen an einem Sondervermögen (Investmentzertifikate) die Rede, die von Kapitalanlagegesellschaften (Investmentfonds) im Sinne des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften ausgegeben werden". In der Bundestagsdrucksache VI/3613 der CDU vom Juni 1972 heißt es unter III, Ziff. 8 "Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer an arbeitgebenden Unternehmen können auch in der Form durchgeführt werden, daß die Betriebsangehörigen Körperschaften, Gesellschaften,

Miteigentumsgemeinschaften gründen, die für sie die Kapitalanteile erwerben und verwalten". Außerdem hat die Opposition im Juni 1972 zwei Gesetzentwürfe eingebracht, die sich speziell mit den Fragen der Unternehmensbeteiligungsgesellschaften befaßten, und zwar als Ergänzung zu Ihrem Burgbacher-Plan vom April 1970. Diese beiden Gesetzentwürfe sehen ausdrücklich den jetzt von Pieroth und Vogt so sehr geschrähten "Fondsapparat" vor. Wie kommt es eigentlich, daß diese sogenannten Vermögenspolitiker der CDU über ihre eigenen Gesetzesinitiativen so schlecht informiert sind?

Es war bisher unbestritten, daß eine Politik, die zur Korrektur der Vermögenszuwächse zugunsten der Arbeitnehmer führen soll, Sperrfristen vorsehen muß. Nach Ablauf der Sperrfrist von 7 Jahren werden die Arbeitnehmer nach den SPD-Vorstellungen entscheiden können, ob sie das Zertifikat behalten oder Kasse machen wollen. Die von Pieroth und Vogt aufgestellte Behauptung, der Fonds werde "neben allen Beteiligungen im Laufe der Zeit auch den größten Teil der Zertifikate besitzen", basiert auf der Annahme, die Arbeitnehmer verhielten sich nicht eigentums- sondern konsumbewußt. Dann aber müßten die beiden CDU-Experten konsequenterweise für "ewige" Sperrfristen sein, weil sonst auch eine von ihnen gewollte Korrektur der Vermögensverteilung nicht eintreten könnte. Demgegenüber gehen die SPD-Leitsätze von zwei fundamental verschiedenen Annahmen aus:

a/ von der Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Vermögensbildung, d.h. zum Verzicht auf einen möglichen Konsum nach Ablauf der Sperrfristen; und b/ von der Freiheit zur Entscheidung über die Verwendung frei werdender Vermögensansprüche. Nach einer aus volkswirtschaftlichen Gründen notwendigen, zeitlich befristeten Verwendungssperre soll der mündige Bürger selbst entscheiden können, was er mit seinen Vermögensmitteln anfängt.

4/ Ich fordere die Vermögenspolitiker der CDU auf, den Beweis für ihre Behauptung zu erbringen, daß die Arbeitnehmer am Ertrag des Fonds nicht beteiligt würden. Aus den "Leitsätzen" können sie eine solche Behauptung nicht ableiten, im Gegenteil: Was für sie schwer verständlich ist, nämlich die Errechnung eines "realen Werts", d.h. einer Wertsteigerung des Zertifikats bei Rückgabe, ist untrennbar mit einer Ertragsbeteiligung verbunden.

Darüber hinaus fällt es den CDU-Kritikern grundsätzlich schwer, die zentrale Bedeutung des SPD-Modells zu begreifen und zu würdigen: Sie besteht darin, daß die individuelle Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand mit der Erschließung neuer, zusätzlicher Finanzierungsquellen für öffentliche Aufgaben gekoppelt wird. Wer unseren Plan "als Ersatz für eine Steuererhöhung" bezeichnet, weiß allerdings nicht, wovon er redet. Wenn die Unternehmer bei uns schon nicht wie beim Burgbacher-Plan unabhängig davon, ob sie Gewinn machen oder nicht und in welcher Höhe, von Abgaben an Fonds befreit werden, dann dürfte doch wohl die Forderung zu vertreten sein, daß sie die an den Fonds abzutretenden Beteiligungsrechte angemessen verzinsen. Ohne eine solche Verzinsung kommt auch das CDU-Modell nicht aus.

Die nach unserem Plan beim Fonds eingehenden Zinserträge werden bis zu sieben Jahre gutgeschrieben, aber gesperrt und ermöglichen damit die Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Aufgaben in Höhe von etwa zehn Milliarden DM. Die hierdurch möglich werdende Verbreiterung des öffentlichen Korridors oder die Erhöhung des Anteils

der öffentlichen Investitionen liegt im unmittelbaren, direkten und wohlverstandenen Interesse der Arbeitnehmerschaft als Ganzes. Es liegt auf der Hand, daß die Vermögenspolitiker der SPD die Absicht der Bundesregierung voll unterstützen (und darauf bestehen) werden, die 10%ige Stabilitätsabgabe in Höhe von etwa zweieinhalb Milliarden DM als Morgengabe in den Fonds einzubringen.

5/ Die Begrenzung der Abgabepflicht auf Unternehmen mit über 400.000 DM Jahresgewinn läßt die Zahl der abgabebelasteten Unternehmen auf 26.000 sinken. Das sind zwei v.H. von insgesamt über 1,5 Millionen möglicherweise in Frage kommenden Unternehmungen. Die CDU/CSU hingegen will jeden Unternehmer unabhängig von Beschäftigtenzahl oder Gewinn- bzw. Verlusthöhe mit einer auf die Zahl der Beschäftigten bezogenen Pauschale belasten, die zudem noch als Kostenbestandteil zu einer Reduzierung der Steuerpflicht führt. Wer Verlust oder keinen Gewinn macht, muß trotzdem bezahlen. Dies geht dann an die Substanz und bedeutet im Effekt Enteignung. Der diesbezügliche von Pieroth und Vogt erhobene Vorwurf gegen den SPD-Plan kann nur auf einem Mißverständnis, gegründet auf mangelnde Sorgfalt beim Lesen der "Leitsätze", beruhen. Im übrigen: Wäre es wirklich schlimm, wenn in "zehn Jahren mehr als doppelt so viele Unternehmen der Abgabepflicht" (also etwa 50.000 oder vier v.H. aller Unternehmen) unterworfen würden? Im Vorwurf schwingt unausgesprochen anerkennend mit, daß es in unserer Wirtschaft trotz "Sozialisierung", "Kollektivismus", "anonymer Machtgebilde" und einer unfähigen Opposition auch weiterhin kräftig wachsende Produktion und Gewinne geben wird. Wer alle Unternehmen belasten will, (wie die CDU/CSU), macht sich mit dem Vorwurf "der salamitaktischen Begrenzung auf Unternehmen über 400.000 DM Jahresgewinn" zum Zwecke der Beschwichtigung der noch nicht betroffenen Unternehmen bestenfalls lächerlich.

6/ Seit dem Bundestagswahlkampf 1972 wiederholen die CDU-Propagandisten regelmäßig die Behauptung, daß hätte die böse SPD den Burgbacher-Plan nicht abgelehnt, die Arbeitnehmer seit 1971 mit jährlich sechs Milliarden DM am Produktivkapital beteiligt worden wären. Im Bundestagsprotokoll vom 6. April 1973 steht allerdings, daß Dr. Barzel nur "zwischen 15 und 20 Millionen DM" gesagt hat. (Er meinte natürlich Milliarden). Im Gegensatz zu den Plänen der Koalitionsfraktionen hat der Burgbacher-Plan den fatalen, besser letalen, Nachteil, daß er die Staatskasse mit über fünf Milliarden DM jährlich belastet, also die Erfüllung öffentlicher Aufgaben in diesem Ausmaß unmöglich macht. Wie können ernst zu nehmende Unionisten, wie Pieroth und Vogt es verantworten, einerseits Milliardenversäumnisse der SPD zu beklagen und andererseits "offen für gemeinsame vermögenspolitische Lösungen" zu sein, obwohl sie doch inzwischen davon überzeugt sein müßten, daß eine solche "Gemeinsamkeit" auf der Basis des Beteiligungslehrenkonzeptes nicht zustande kommen kann.

Erst wenn die Opposition die Burgbacher-Pläne endgültig ad acta gelegt hat, könnte es eine Art Gemeinsamkeit in Sachen Vermögensbildung geben. Es spricht jedoch vieles dafür, daß auch diese Reform entweder ohne oder gegen die CDU/CSU durchgesetzt werden muß.

(-/18.4.1973; ks/wa/ex)

Der Schritt über die Grenze

Wir alle müssen den Chaoten-Terror abstoppen

Das menschenverachtende Bekenntnis der beiden ehemaligen Studenten Christian Semler und Jürgen Horlemann zu unverhülltem Terror und zu zerstörenden Gewaltakten ist ein Schritt über die Grenze gewesen. Von Politik, was immer sie und ihre Chaoten-Gruppe darunter verstehen mögen, ist keine Rede mehr: Hier wird mit Pflastersteinen, Schlagstöcken und Fäusten der Umsturz geprobt.

Die freie Gesellschaft dieser sozialen Demokratie ist insgesamt herausgefordert. Mit Kommandounternehmen sollen die Menschen der Bundesrepublik verunsichert werden, das brutale Schockauftreten der maskierten Terroristen soll das Funktionieren des Staatsapparates stören. Die Querverbindungen, über die die Chaoten von Frankfurt und Bonn ins Ausland verfügen, zeigen, daß die Gefahr internationales Ausmaß angenommen hat.

Die für die Sicherheit unseres Staates und unserer Gesellschaft zuständigen Behörden und Institutionen haben ihre Gegenaktionen anlaufen lassen. Ihre schwierige Arbeit muß aber von allen Staatsbürgern, die sich für diesen demokratischen Staat und die freie Gesellschaft mitverantwortlich fühlen, energisch unterstützt werden. Notwendig ist vor allem eine umfassende Information und Aufklärung der gesamten Bevölkerung über die Gruppen, die hinter diesen terroristischen Kommandounternehmen stehen, über ihre Organisation, über ihre Ziele, über ihre Arbeitsweise und über ihre Querverbindungen. Wer gut informiert ist, fällt nicht dem Gerüchteschwall zum Opfer.

Wir brauchen also auch keine uns selbst verunsichernde Hexenjagd, wir brauchen aber erhellende Klarheit und wir brauchen rasche und deutliche Maßnahmen, die das weitere Überschwappen der nackten Gewalt unmöglich machen. Vom Pflastersteinewerfen bis zum Schießen ist nur eine kleine Spanne: Es liegt an uns allen, daß auch das Pflastersteinewerfen verhindert wird. (ee/18.4.1973/bgy/ee)

+ + +

UNO braucht Hochkommissar für Menschenrechte

Erinnerung an eine Aussage des Bundespräsidenten

Dem Bundespräsidenten wird in einigen Publikationsorganen vorgeworfen, er habe anlässlich des Empfanges des südvietnamesischen Staatspräsidenten Thieu nicht "die Form gewahrt". Den Hinweisen auf Folterungen von Gefangenen in Südvietnam wird u.a. die Frage angefügt, ob der Bundespräsident bereit sei, auch andere in Bonn erwartete ausländische Staatsmänner wegen der Behandlung von politischen Häftlingen in ihren Staaten anzusprechen.

Die Verfasser solcher und ähnlicher Artikel haben ein kurzes Gedächtnis. Sie rennen mit ihren Bemerkungen offene Türen ein. Bereits am 19. Januar 1973 hatte der Bundespräsident anlässlich des Neujahrsempfanges für das Diplomatische Korps an alle in Bonn durch ihre Botschafter vertretenen Staaten folgende Worte gerichtet:

"Im neuen Jahr werden wir dessen gedenken, daß die Vereinten Nationen vor 25 Jahren die Erklärung der Menschenrechte aussprachen. Menschenrechte werden immer noch in weiten Teilen der Welt mißachtet. Ich erinnere an die Tatsache, daß die Menschen gefoltert und zumal politisch Gefangene oft menschenunwürdig behandelt werden. Als 1968 in Teheran des 20jährigen Bestehens der Erklärung der Menschenrechte gedacht wurde, habe ich als Mitglied der damaligen Bundesregierung die Einsetzung eines hohen Kommissars bei den Vereinten Nationen angeregt, dem es obliegen sollte, den Menschenrechten überall Geltung zu verschaffen. Ich bin sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland auch heute eine solche Bemühung fördern wird."

Es ist anzunehmen, daß diese Mahnung des Bundespräsidenten, die allen Staaten auch schriftlich übermittelt wurde, Beachtung gefunden hat.

(cm/18.4.1973/bgy/dx)

Sonn schickte "Eisbrecher" nach Island

Chancen für eine Beilegung im Fischereistreit

Von Hans Koschnick

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Um mit einer negativen Feststellung zu beginnen: Der Fischereistreit mit Island ist nicht beigelegt. Aber, um dies gleich hinzuzufügen, ein solches Ergebnis hat sicherlich auch niemand erwartet, am wenigsten zweifellos Bundeskanzler Willy Brandt, als er mich bat, in Reykjavik unsere Situation darzustellen.

Eine andere Erwartung dagegen hat sich erfüllt: Es ist möglich gewesen, den isländischen Gesprächspartnern unsere deutschen Positionen - die völkerrechtlichen, die politischen, die wirtschaftlichen, aber vor allem auch die gewerkschaftlichen und sozialen - deutlich zu machen. Und umgekehrt hat es sich auch als möglich und zugleich als nützlich erwiesen, unvoreingenommen über Islands wirtschaftliche Probleme - und der Fischfang ist für Island eine Lebensfrage - zu sprechen.

Nach diesen Gesprächen in Reykjavik, an denen das gesamte isländische Kabinett teilnahm und zu denen auch die Führer der beiden Oppositionsparteien hinzugezogen wurden, ist zumindest die Hoffnung berechtigt, daß eine weitere Zuspitzung des Fischereikonflikts vermieden werden kann. Beide Seiten können ausserdem zuversichtlich davon ausgehen, daß die Anfang April unterbrochenen bilateralen Verhandlungen so bald wie möglich fortgesetzt werden.

Erstmals hat die isländische Regierung ihren Standpunkt schriftlich fixiert, nachdem unsere Verhandlungsgrundlage bereits Anfang April von Vertretern der Bundesministerien des Auswärtigen und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Reykjavik dargelegt worden war. Verhandlungsspielraum ist vorhanden. Die alles-oder-nichts-Positionen können jetzt, wenn der Wille zur Verständigung die weiteren Verhandlungen bestimmt, geräumt werden. Kraftakte, darin stimmen beide Seiten überein, schaden mehr als sie nützen. Und vernünftige Teilergebnisse lassen sich auch erzielen ohne Übereinstimmung in allen völkerrechtlichen Aspekten.

Meine Aufgabe in Reykjavik war es nicht, Verhandlungen zu führen oder gar Verträge zu schließen. Das ist Sache der zuständigen Bundesministerien. Meine Aufgabe war es, das vereiste Gesprächsklima wieder aufzutauen. Mir scheint, dies ist gelungen. Zum Nutzen der traditionellen deutsch-isländischen Freundschaft, zum Nutzen der deutschen Küste, und hoffentlich auch zum Nutzen der Arbeitnehmer in der deutschen Hochseefischerei.

(-/18.4.1973/bgy/ex)